

Sorgen um Langzeitarbeitslose wachsen

Die Bundesregierung will im kommenden Jahr das Budget der Jobcenter verringern. Die fürchten nun um ihre Leistungsfähigkeit, wie Silvia Kimpel, Leiterin der Kommunalen Arbeitsförderung im Ortenaukreis, bei einem Termin in Lahr verdeutlichte. Die Verlierer seien Menschen mit Förderbedarf.

■ Von Herbert Schabel

LAHR. Hartz IV ist zum 1. Januar durch das Bürgergeld ersetzt werden, wobei der Regelsatz für Leistungsempfänger um 53 Euro gestiegen ist. Damit will die Ampelkoalition das Sozialsystem reformieren. Leistungsempfänger sollten stärker gefördert werden und dabei mehr Freiheit und Vertrauen erfahren.

Soweit die Theorie, doch in der Praxis werden sich große Probleme auftun. Diese Befürchtung äußerten Silvia Kimpel, seit dem 1. Mai Amtsleiterin der Kommunalen Arbeitsförderung Ortenaukreis – Jobcenter, und Djahan Salar, Geschäftsführer der Neuen Arbeit Lahr. Bei dem Gespräch im Gebrauchtwarenkaufhaus „Fundus“ in der Trampplerstraße waren auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Yannik Bury aus dem Wahlkreis und Kai Whittaker aus dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales zugegen. Eingeladen hatten die CDU-Sozialausschüsse Südbaden und ihr Vorsitzender Peter Weiß, der langjährige Bundestagsabgeordnete für Lahr.

Das Thema erwies sich als nicht gerade unkompliziert. Vereinfacht gesagt, geht es um fehlende Finanzierung und eine diffuse Aufgabenverteilung in der Beschäftigungsförderung. Die Vorwürfe gehen an die Ampel-Fraktionen. Im Bundestag hatte im November zwar auch die Union für das Bürgergeld gestimmt (AfD und Linke waren dagegen), doch Bury und Whittaker verdeutlichten nun in Lahr, dass sie mit der Umsetzung nicht einverstanden sind.



Djahan Salar (von links), Geschäftsführer der Neuen Arbeit Lahr, begrüßte die Teilnehmer der Runde im Gebrauchtwarenkaufhaus „Fundus“: die CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Whittaker und Yannik Bury, Clemens Litterst von der Freiburger Caritas, Sandra Junker, Leiterin des NAL-Sozialdiensts, Katharina Haverkamp aus der NAL-Geschäftsführung, Peter Weiß, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Südbaden, und Silvia Kimpel, Leiterin des Ortenauer Jobcenters.

Foto: Schabel

Konkret geht es um die Haushaltsplanung der Bundesregierung für 2024, die vorsieht, die Mittel für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen deutlich herunterzufahren – von 4,4 auf 4,2 Milliarden Euro. Entsprechend würde das jeweilige Budget, das den 400 Jobcentern in Deutschland zur Verfügung gestellt wird, sinken.

Kimpel verdeutlichte, welche Folgen das für die von ihr geleitete Behörde haben würde – dort würden 2024 bis zu eine Million Euro an Eingliederungsmitteln fehlen, fast zehn Prozent des bisherigen Budgets. Doch das Jobcenter müsse für die Erfüllung seiner Aufgaben entsprechend ausgestattet werden, forderte sie mit teils emotionalen Worten. Denn das Personal sei bereits jetzt stark belastet. In den vergangenen Jahren hätte das Jobcenter neben seiner Kernaufgabe auch zur Bewältigung von Krisen wie etwa des vermehrten Zuzugs von Flüchtlingen aus der Ukraine beigetragen, von denen viele Grundsicherung beziehen.

Viele Menschen hängen von den Leistungen des Jobcenters ab, war zu hören. Entsprechend wichtig sei es, dass diese arbeitsfähig sind. Doch das sei durch die Haushaltsplanungen der Ampel-Koalition in Frage gestellt. Denn auch bei den Verwaltungskosten solle massiv gespart werden. Und das in Zeiten von Tarifierhöhungen und allgemeiner Teuerung.

Im kommenden Jahr würden beim Ortenauer Jobcenter sowohl für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen als auch für Personalkosten bedeutende Mittel fehlen, betonte Kimpel. Weiß sprach deshalb von einer „Zangenbewegung“, der die Behörde ausgesetzt sei. Das Jobcenter dürfe nicht in die Notwendigkeit getrieben werden, Mittel zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Verwaltungskostentitel umzuschichten, war zu hören.

Die Kürzungen würden „unsere Region hart treffen“, so Bury, während Salar die Sorge äußerte, das gerade auch die

sen als auch für Personalkosten bedeutende Mittel fehlen, betonte Kimpel. Weiß sprach deshalb von einer „Zangenbewegung“, der die Behörde ausgesetzt sei. Das Jobcenter dürfe nicht in die Notwendigkeit getrieben werden, Mittel zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Verwaltungskostentitel umzuschichten, war zu hören.

Kinder von Langzeitarbeitslosen unter den Folgen leiden würden. Es sei absehbar, „dass die Arbeitsmarktpolitik zur Arbeitslosenverwaltung verkommt, die sich auf Beratung und die Auszahlung sozialer Transferleistungen reduziert“.

Doch es gebe noch ein zweites großes Problem, war zu hören. Denn das Bundeskabinett hat beschlossen, arbeitslose Jugendliche in Zukunft von den Agenturen betreuen zu lassen. Die Kommunen als Träger der Jobcenter seien in diese Entscheidung nicht einbezogen worden, monierte Kimpel. Für die betroffenen jungen Menschen käme es zu einer massiven Verschlechterung.

Hintergrund ist, dass die Arbeitsförderung von Jugendlichen derzeit bei den Jobcentern angesiedelt ist, wobei die Unterstützung teils bereits durch das Coaching von Bedarfsgemeinschaften beginnt. Die frühe Förderung sei wichtig, um Jugendliche bestmöglich zu begleiten, betonte Kimpel. Das Jobcenter habe aufgrund der intensiveren Betreuung dabei einen besseren Zugang zu den Menschen, während die Agentur für Arbeit den Fokus auf die direkte Eingliederung in den Arbeitsmarkt lege

Brief an Arbeitsminister

Der deutsche Städtetag hat wegen der geplanten Übertragung der Arbeitsförderung junger Menschen an die Arbeitsagenturen einen Protestbrief an Arbeitsminister Hubertus Heil geschrieben. Eine Antwort stehe noch aus, so Kimpel.